

Venezuela -

wieder nur ein postautoritärer Pseudo-Sozialismus-Versuch

Zitat:

“Mag sein, dass die USA in Venezuela mitmischen. Doch letztlich hat sich die „Bolivarische Revolution“ einfach selbst zerstört.”

- bitte gern weiterleiten -

Eine Regierung, die die humanitäre Krise im Land nicht anerkennt und Hilfe von außen kategorisch ablehnt, wird wohl kaum den Massenexodus ihrer Bürger*innen stoppen können. Inzwischen sollen knapp 16 Prozent der Bevölkerung – etwa 5,3 Millionen – das Land verlassen haben, schätzt das UNHCR.

.) Allein im Jahr 2018 waren in Venezuela nach offiziellen Angaben bei Polizeieinsätzen mehr als 5.200 in Worten: fünftausendzweihundert Menschen getötet worden, die angeblich "Widerstand gegen die Staatsgewalt" geleistet hätten. Zwischen Januar und Mai 2019 wurden 1.569 in Worten: eintausendfunfhundertundneunundsechzig weitere ähnliche Fälle bekanntgegeben:
<https://www.dw.com/de/un-viele-belege-f%C3%BCr-au%C3%9Fgerichtliche-exekutionen-in-venezuela/a-49479070>

.) UN-Bericht wirft Maduro Tötungen, Massenexodus, Hinrichtungen und Folter vor – die Menschenrechtsbeauftragte Michelle Bachelet zeichnet ein verheerendes Bild über die Maduro-Regierung in Venezuela: <https://www.tagesspiegel.de/politik/venezuela-un-bericht-wirft-maduro-toetungen-vor/24526192.html>

.) Krise in Venezuela und Überforderte Nachbarn ([Katharina Wojczenko](#)) - 1,3 Millionen Venezolaner*innen leben mittlerweile in Kolumbien. Staatliche Hilfe können sie dort nicht erwarten. Dafür ist die Solidarität groß.

.) CÚCUTA/VILLA DEL ROSARIO/BOGOTÁ TAZ - Als Roybert Aponte im kolumbianischen Grenzort Cúcuta ankam, war er halbtot. Der Busfahrer hatte ihn nicht zur Grenze mitnehmen wollen, weil er Angst hatte, Aponte würde ihm wegsterben. Der 26-jährige Venezolaner wog zu dem Zeitpunkt unter 30 Kilo. Aponte ist Diabetiker. In seiner Heimat hatte er kein Insulin auftreiben können – und auch nur eine Mahlzeit am Tag, meistens Reis.

Eine Keksvendlerin versprach, auf ihn aufzupassen. „Sie war mein Segen“, sagt Roybert Aponte. „Ich bin auf allen vieren in den Bus gekrochen, wie eine Katze.“

Tränen laufen ihm übers Gesicht. Der Mann mit der orangegefärbten Tolle sieht immer noch zerbrechlich aus, die Knochen stehen spitz hervor, um seine Augen sind dunkle Schatten, rechts fehlt ihm ein Zahn. Aber er wiegt jetzt 48 Kilo bei 1,79 Meter Körpergröße, erzählt er stolz. Und er kann wieder gehen.

Apontes Glück war, dass er in Cúcuta auf die Intensivstation und von dort in die Fundación Censurados kam. Die Stiftung nimmt Menschen aus Venezuela auf, die HIV-positiv sind und – wie Roybert Aponte – nicht heterosexuell sind. Die 35 Plätze reichen bei Weitem nicht. Denn wie in anderen Ländern Südamerikas sind LGBTI-Personen auch in Venezuela besonders gefährdet. Apontes zweites Glück war, dass er noch über die Grenze kam, [bevor sie monatelang gesperrt](#) wurde.

Am Samstag hat die venezolanische Regierung die Grenzübergänge zum Nachbarland Kolumbien zumindest teilweise wieder geöffnet. Auch der wichtigste, die Simón-Bolívar-Brücke zwischen dem kolumbianischen Villa del Rosario im Süden von Cúcuta und dem venezolanischen San Antonio del Táchira. Allein am ersten Tag querten 70.000 Menschen die Grenze, sagt der Direktor der kolumbianischen Migrationsbehörde, Christian Krüger Sarmiento. Das sind so viele, wie vor der Schließung täglich ein und aus gingen. Mit einem Unterschied: Am Samstag betraten 37.000 Venezolaner*innen Kolumbien und 40.0000 verließen das Land. Vor der Schließung war es so, dass [jeden Tag Tausende in Kolumbien blieben](#).

Grenze erstmals seit Februar offen

Die Schließung im Februar war die Reaktion von Venezuelas Präsident Nicolás Maduro [auf das Solidaritätskonzert in Cúcuta](#), das auf die dramatische humanitäre Situation im Nachbarland aufmerksam machen sollte. Mit der Aktion hatte der selbsternannte Übergangspräsident Juan Guaidó versucht, Hilfsgüter nach Venezuela zu schaffen. Ein Versuch, der genauso misslang wie seine späteren Bemühungen, [das venezolanische Militär auf seine Seite zu ziehen](#). Ob Venezuela die Grenze dauerhaft öffnet, ist unklar. Fest steht, dass die Schließung die Situation im Grenzgebiet für Flüchtlinge deutlich gefährlicher gemacht hat.

Denn weil die venezolanische Grenzpolizei nur noch Mütter mit kleinen Kindern, Alte und Kranke über die Grenzbrücke ließ, versuchten jeden Tag Tausende, über die illegalen Grenzübergänge nach Kolumbien einzureisen. Doch auf den „trochas“ lauerten und lauern kriminelle Gruppen: kolumbianische Guerillas, Maduro-treue Schlägertrupps und Drogenbanden. Monatelang kreuzten schwer bepäckte Menschen auf jenen Trampelpfaden rechts und links der Simón-Bolívar-Brücke den Grenzfluss Táchira – und mussten sich gegen skrupellose Entführer, Erpresser und Vergewaltiger zur Wehr setzen.

Doch all die Gefahren hielten die Venezolaner*innen nicht auf. Roybert Aponte, der unterernährte Diabetiker, wird nun mit dem Bus zu seinem Onkel nach Bucaramanga

fahren, der Hauptstadt der angrenzenden Provinz Santander. Tausende gehen die 195 Kilometer von Cúcuta zu Fuß.

Für sie hat das Rote Kreuz eine Karte entwickelt, welche die Mitarbeiter*innen im medizinischen Versorgungsposten wenige Kilometer von der Simón-Bolívar-Brücke an die erschöpften Menschen verteilen, mit Notfallrufnummern, Kilometerangaben – und vor allem Temperaturwerten. Die Strecke führt durch den Páramo de Berlín, eine Hochtundra auf 3.000 Metern, in der oft eisige null Grad herrschen. Temperaturen, auf die viele caminantes nicht vorbereitet sind und die schon einige das Leben gekostet haben.

Schon vier Millionen im Exil

Vier Millionen Venezolaner*innen haben nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR bereits ihr Land verlassen. Gut ein Drittel von ihnen leben heute im Kolumbien. Es ist die größte Migration in der lateinamerikanischen Geschichte. Der kolumbianische Außenminister Carlos Holmes Trujillo sagte [beim Besuch des deutschen Außenministers Heiko Maas im Mai](#), dass er mit 1,8 Millionen weiteren Flüchtlingen rechnet, sollte die politische und wirtschaftliche Krise in Venezuela anhalten.

Derzeit sieht es ganz danach aus. Präsident Maduro ist trotz der Massenproteste gegen seine Regierung immer noch an der Macht, die Armee steht nach der gescheiterten „Operation Freiheit“ der Opposition weiter geschlossen hinter Maduro. Selbst Herausforderer Guaidó musste nach dem verpufften Putschversuch einräumen, dass er die Unterstützung der Armee für den Umsturz überschätzt hatte.

Eine Regierung aber, die die humanitäre Krise im Land nicht anerkennt und Hilfe von außen kategorisch ablehnt, wird wohl kaum den Massenexodus ihrer Bürger*innen stoppen können. Bis Ende dieses Jahres sollen knapp 16 Prozent der Bevölkerung – etwa 5,3 Millionen – das Land verlassen haben, schätzt das UNHCR. Dass Peru seine Einreisebestimmungen ab Mitte Juni massiv verschärft, dürfte viele von der Weiterreise abhalten und die Situation in Kolumbien weiter anspannen.

Die vielen Flüchtlinge im Land belastet vor allem das Gesundheitssystem. Erst Ende Mai warnte der kolumbianische Außenminister Carlos Holmes Trujillo vor der Überlastung der staatlichen Ressourcen. „Mehr internationale Hilfe ist dringend nötig, weil die Migration immer weiter zunimmt und damit auch der Bedarf an Ressourcen.“ Tatsächlich sind die Venezolaner*innen aus dem Straßenbild schon längst nicht mehr wegzudenken: Nicht nur im Grenzort Cúcuta putzen sie Scheiben, jonglieren oder verkaufen Blumen, Bonbons, Kekse oder Stifte.

Historisch eng verbunden

Auch in der Hauptstadt Bogotá sieht man sie an Ampeln und in den öffentlichen

Bussen, manche bitten mit Pappschildern und kleinen Kindern auf dem Arm um Almosen. Legale Arbeit finden die wenigsten. Wer irgendwo einen Job ergattert, muss damit rechnen, ausgebeutet zu werden, vor allem auch in der wuseligen Handelsstadt Cúcuta.

Im Vergleich zu anderen Ländern in der Region sei die Ausländerfeindlichkeit gegenüber den Migrant*innen aber gering, sagt Jozef Merkx, Repräsentant des UNHCR in Kolumbien. Die beiden Länder sind historisch eng verbunden. Viele Kolumbianer*innen flüchteten in dem jahrzehntelangen Bürgerkrieg vor der Gewalt nach Venezuela, als es dem Land noch gut ging. Deshalb gibt es viele gemischte Familien, die jetzt nach Kolumbien zurückkehren.

Vor allem vertrat die Regierung in Bogotá stets die Haltung, dass Kolumbien den „venezolanischen Brüdern“ helfen müsse, und hat deshalb die legalen Aufenthaltsmöglichkeiten für Venezolaner*innen erleichtert. Infrastruktur oder gar Leistungen für Flüchtlinge wie in Deutschland gibt es so gut wie nicht – genauso wenig wie für die eigenen über sieben Millionen Binnenflüchtlinge, die [das Ergebnis von mehr als 50 Jahren bewaffneten Konflikts](#) zwischen linken Guerillagruppen, Staat und Paramilitärs sind.

„Kolumbien hat Erfahrung darin, Flüchtlinge zu produzieren, aber nicht damit, welche aufzunehmen“, glaubt Merkx. Vor drei Jahren sollte er im Zuge des Friedensabkommens mit der größten Rebellengruppe Farc eigentlich die Präsenz des UNHCR abwickeln. Doch dann kam die Massenflucht aus Venezuela, und Kolumbien blieb ein Brennpunkt. Im März eröffneten die Vereinten Nationen und der UNHCR an der Grenze das erste Flüchtlingslager für Migrant*innen aus Venezuela: eine Zeltsiedlung für 200 Menschen im nördlichsten Zipfel Kolumbiens, der Wüstenregion La Guajira. Ein Tropfen auf den heißen Stein. Deswegen springen viele Kolumbianer*innen ein. Menschen wie Henry Ardila.

Endlich eine Cola

Eines Nachts standen sie vor seiner Tür, erzählt der Schuhfabrikant aus Las Delicias, einem Stadtteil von Cúcuta. Drei Frauen und vier Männer, es war stockdunkel, Abendbrotzeit, und die sieben Venezolaner*innen hatten den ganzen Tag nichts gegessen. „Da habe ich sie eingeladen, mit uns zu essen“, sagt Ardila. Maisfladen mit Käse und Coca-Cola. „Die hatten sie sich gewünscht, weil sie in Venezuela so lange keine mehr bekommen hatten“, sagt Ardila, ein kleiner, kräftiger Mann mit Strubbelhaar, Shorts und dem gelben Trikot der Nationalmannschaft. Sie blieben fünf Tage. Die Frauen schliefen bei Henrys Familie, die Männer gegenüber bei den Nachbarn.

So fing das vor über einem Jahr an mit den Flüchtlingen in Las Delicias. Viele Familien haben ihr Haus für Menschen aus dem Nachbarland geöffnet. Derzeit leben

etwa 250 Flüchtlinge bei Familien in Las Delicias. Sie bleiben ein paar Tage, Wochen, Monate. Henry Ardila und seine Familie haben in ihrem bescheidenen Heim bislang etwa 60 Venezolaner*innen aufgenommen.

Henry Ardila ist Schuhfabrikant. In seinem Haus näht er mit seinen sieben Mitarbeiterinnen Einzelteile zu Schuhen für eine größere Firma in Cúcuta zusammen. Tagsüber ist das Zimmer voll mit den beiden alten Nähmaschinen und den Nachbarinnen, die bei Ardila arbeiten. „Ganz am Anfang haben sie Henry hier im Viertel komisch angeschaut“, sagt Nachbarin und Näherin Liseth. „Aber heute ist die Beziehung zu den Venezolaner*innen normal.“ Tatsächlich lässt sich am Umgang miteinander nicht erraten, wer Verwandte, Nachbarinnen oder Flüchtlinge sind. „Wir sind alle Brüder und Schwestern“, sagt Henry Ardila, der tief gläubig ist.

Und tatsächlich teilen die Bewohner*innen und die Flüchtlinge nicht nur die Häuser. Rund die Hälfte der Bewohner*innen von Las Delicias sind selbst Vertriebene. Und alle, die sich in der illegalen Siedlung außerhalb Cúcutas niedergelassen haben, kennen die Armut. Bis vor Kurzem gab es in Las Delicias weder Strom noch fließend Wasser. Erst 2016 hat die Stadt Cúcuta die Siedlung legalisiert. Die Familie, der das Land gehört, verkaufte den Grund zu einem symbolischen Preis an die neuen Bewohner*innen. Mit der Legalisierung kam die Infrastruktur – und vor gut einem Jahr begannen die Anwohner*innen, Flüchtlinge aus Venezuela aufzunehmen.

Vertriebene helfen Vertriebenen

„Wir verstehen nicht, warum sie das tun“, sagt Tiana Anaya vom UNHCR, die die Gemeinde schon lange vor dem ersten Flüchtling aus Venezuela betreute. „Das lässt sich wissenschaftlich nicht erklären.“ Was Anaya aber weiß: Die Gastfreundschaft hat mit der eigenen Lebenserfahrung zu tun. „Sie sagen: Wir wissen, was sie erleben, denn wir haben das selbst durchgemacht.“

Henry Ardila ist zwar kein Binnenflüchtling. Doch auch er hat sein Land unfreiwillig verlassen. Neun Jahre lebte der Kolumbianer in Venezuela. „Ich hatte hier in Cúcuta eine Schuhfirma mit zwölf Mitarbeiter*innen, aber ich wurde von Banden erpresst“, behauptet er. Irgendwann sei das Schutzgeld so hoch gewesen, dass er ins - Nachbarland gehen musste. Vor fünf Jahren kehrte er wieder in seine Heimatstadt zurück und wagte einen zweiten Versuch mit seiner Schuhfabrik.

„Ich glaube, es war Gott, der die Venezolaner*innen zu mir brachte“, sagt Henry Ardila. „Mir ist es genauso passiert. Ich klopfte an, und sie öffneten mir.“ Jetzt teilen er und seine Familie ihr Heim und ihr oft knappes Essen mit ihnen. Und Henry Ardila gibt denen Arbeit, die bei ihm wohnen. Die Firma bezahlt Ardila für die abgelieferten Schuhe jede Woche zwischen 143 und 171 Euro, sagt er. Yuzmaira, eine 40-jährige Venezolanerin, die mit ihren beiden Söhnen bei ihm wohnt und für ihn arbeitet, bekommt von ihm 15.000 Peso am Tag, etwa 4,20 Euro.

Die Frau im pinkfarbenen Glitzer-T-Shirt mit dem Wort „Love“ und der Venezuela-Schirmmütze spricht voller Dankbarkeit von ihrem Arbeitgeber und scherzt mit ihren Kolleginnen. Doch fragt man sie nach ihrem Land, schießen ihr Tränen in die Augen. „Ich liebe mein Venezuela“, sagt Yuzmaira. „Ich hatte meine Heimat, meine Familie, mein Haus.“ Weil ihr ältester Sohn, der Polizist ist, nach seinem Kündigungswunsch Repressalien fürchtete, floh die halbe Familie. Eltern, Bruder, Schwester und Nichte sind noch in Venezuela. Aber an Rückkehr ist erst einmal nicht zu denken, auch weil die Wirtschaftskrise ihr Land beutelt. Auch ihr Sohn hat jetzt eine Arbeit in einer Schuhfabrik in der Stadt.

Der großzügige Schuhfabrikant Henry Ardila jedoch gibt sich ganz bescheiden: „Ich habe einen Traum“, sagt er. „Ich will vielen Leuten etwas beibringen, vor allem Venezolaner*innen.“ Alle hätten das Recht, etwas zu lernen, so Henry Ardila. „Wenn sie ein Handwerk beherrschen, können sie überall überleben.“

Die Recherche wurde unterstützt von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN): <http://www.taz.de/Krise-in-Venezuela/!5600183/> (Tipp: Falls nötig - auf den Button „Gerade nicht“ klicken.)

.) Juan Guaidó: „Wenn das Regime glaubt, wir hätten bereits den maximalen Druck erreicht, dann täuscht es sich.“ Maduro und Guaidó in Venezuela - Machtdemonstrationen zum 1. Mai - Beide Lager mobilisieren ihre Anhänger zu Kundgebungen. Am Rande kommt es zu einem Streit zwischen Moskau und Washington.

CARACAS/BUENOS AIRES taz | In Venezuela haben erneut Zehntausende für und gegen Staatschef Nicolás Maduro demonstriert. Der 1. Mai ist in Venezuela diesmal keine Bühne für die traditionelle Parade der Arbeiterschaft mit Fahnen und Parolen, bei der Ausbeutung, Gehaltsverbesserungen, Vereinigungsfreiheit anprangert und eingefordert werden.

Denn Regierung und Opposition nutzen den Tag um Stärke, Engagement und Widerstand zu demonstrieren. Wieder kam es zu Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und uniformierten Einsatzkräften. Etwa 70 Menschen wurden durch Gummigeschosse oder Tränengas verletzt. Dennoch war der Tag friedlicher verlaufen als am Dienstag. Da wurden mehr als 100 Menschen verletzt.

Die Regierung hatte ihre Anhängerschaft zum Präsidentenpalast Miraflores mobilisiert. Zwischen Mitgliedern der Regierungspartei und Angehörigen der Volksmilizen waren dort auch Tausende von Staatsangestellten zu sehen, deren Teilnahme durch Androhung von Disziplinarmaßnahmen teilweise erzwungen wurde.

Unter den Demonstrierenden war auch Antonio Espinoza. Der 43-jährige

Rechtsanwalt arbeitet als Staatsangestellter in der Verwaltung der Unefa, der Universität der Streitkräfte, die unter Hugo Chávez eingerichtet wurde. Espinoza gibt sich als Linker mit einer kritischen Einstellung zu erkennen. Es sei richtig, dass die Arbeiterklasse unter Chávez und Maduro Vorzüge genießen, meint er. Allerdings würde die bürokratische Gewerkschaftsstruktur einen direkten Einfluss der Arbeiterschaft auf die Regierungspolitik verhindern. Er wünsche sich einen effizienteren Umgang mit den staatlichen Einnahmen aus dem Ölverkauf.

Zur Lage im Land redet Maduro kaum

Das beherrschende Thema waren jedoch die Ereignisse vom Vortag, als der selbst ernannte Interimspräsident Juan Guaidó eine Militärrevolte anzetteln wollte. Diese scheiterte jedoch bereits im Ansatz, was Staatschef Maduro als Triumph feierte. Den Großteil seiner Rede verwandte der Präsident im roten Hemd denn auch auf die Abrechnung mit der Rebellion, die er erneut als gescheiterten Putschversuch bezeichnete und sich von Sprechchören wie „Guaidó, wir werden Dich holen, denn wir haben einen Präsidenten“ geduldig unterbrechen ließ.

Genüsslich zog Maduro über den propagandistischen Eifer der US-Administration her, bei der „offensichtlich die Nerven blank lagen“, weil ihre „Marionette Guaidó“ abermals versagt hätte. So blieb nur wenig Redetext zur Lage im Land, die überall zu verbessern sei, weshalb er für das kommende Wochenende zu einem großen Kongress der Völker, einem Parteitag und einer Versammlung aller Amtsträger vom Gouverneur bis zum Bürgermeister aufrief. Kein Wort zur bereits versprochenen Anhebung des Mindestlohns, die noch immer nicht im offiziellen Bulletin verkündet und somit auch nicht in Kraft ist.

Nur wenige Stunden zuvor hatte Juan Guaidó im Ostteil der Stadt, auf der Plaza Altamira, seinen Auftritt. Ganz in der Nähe der Luftwaffenbasis, bei der am Dienstag sein Rebellionsversuch scheiterte und in deren Umgebung es auch am Mittwoch wieder zu Auseinandersetzungen kam. Guaidó hatte die Treffpunkte und Marschrouten erst knapp eine Stunde vor Beginn verkündet, nicht nur um Blockadeaktionen der Nationalgarde zu vermeiden, sondern auch um den berüchtigten „Colectivos“ nicht in die Hände zu spielen, jenen bewaffneten paramilitärischen Gruppen, die besonders an Protesttagen zur Einschüchterung unterwegs sind.

Liandro Da Silva war da schon zur Plaza Altamira gekommen. Weil offensichtlich wieder Internet und WhatsApp blockiert waren, hatte sich der 42-Jährige schlicht zum traditionellen Treffpunkt der Opposition im Stadtteil Chacao aufgemacht. Lange hatte der studierte Soziologe im Staatsdienst gearbeitet, bevor er sich als Kaufmann selbständig machte. Er sei kein Anhänger der politischen Rechten, aber die Regierung von Maduro hätte auf allen Feldern versagt und nutze die Sanktionen der

US-Regierung als Ausrede. „Diese Regierung akzeptiert keine Kritik und schon gar kein Abweichen von ihren Vorgaben“, sagte Da Silva. Sie behindere das normale Funktionieren von Gewerkschaften und Tarifverträge wären schon lange ein unerreichbares Ziel. „Wer nicht spurt, der droht im Gefängnis zu landen.“ Ob Guaidó der Richtige sei, könne er nicht sagen, aber: „Maduro ist es ganz sicher nicht.“

Schlagabtausch zwischen Moskau und Washington

Für den 1. Mai hatte Guaidó zum „größten Aufmarsch in der Geschichte des Landes“ aufgerufen. Viele waren gekommen, der größte Aufmarsch wurde es nicht. „Das Ende der unrechtmäßigen Machtübernahme ist nah“, rief er seiner Anhängerschaft zu und kündigte für die kommenden Tage eine Reihe von Streikmaßnahmen an, die in einen landesweiten Generalstreik münden sollen. „Wenn das Regime glaubt, wir hätten bereits den maximalen Druck erreicht, dann täuscht es sich“, sagte er.

Fernab von Caracas kam es auch am Mittwoch zwischen Washington und Moskau zu einem telefonischen Schlagabtausch. Dabei forderte US-Außenminister Mike Pompeo von seinen russischen Kollegen Sergej Lawrow ein Ende der Unterstützung von Maduro. Die russische Einmischung in Venezuela könnte zur weiteren Destabilisierung des Ölstaates führen und belastet jetzt schon die Beziehungen zwischen Russland und den USA, so Pompeo.

Lawrow hielt dagegen, dass weitere „aggressive Schritte“ in Venezuela schwere Konsequenzen nach sich tragen könnten. In einem Interview mit einem US-Fernsehsender ging Pompeo bereits einen Schritt weiter. „Ein militärisches Eingreifen ist möglich. Wenn es das ist, was erforderlich ist, werden es die USA tun“, so der US-Außenminister: <https://www.taz.de/Maduro-und-Guaido-in-Venezuela/!5592174/>
(Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)

.) Mag sein, dass die USA in Venezuela mitmischen. Doch letztlich hat sich die „Bolivarische Revolution“ einfach selbst zerstört.

Essay Politische Krise in Venezuela - Was hat dich bloß so ruiniert? - Kommentar von Christoph Twickel -KommunardIn

Im Stadtbild der Drei-Millionen-Einwohner-Metropole Caracas zeichnen sich die zwei Jahrzehnte der chavistischen Ära auf unübersehbare Weise ab. Als ich kurz vor der Präsidentschaftswahl im Mai 2018 nach Venezuela fuhr, staunte ich, was in den zehn Jahren seit meinem letzten Aufenthalt alles gebaut und angeschafft worden war: Riesige, mithilfe von weißrussischen oder chinesischen Joint Ventures gebaute Wohnsiedlungen mitten in der Stadt, Tausende fast neue Metrobusse und U-Bahn-Waggons, die stillgelegt auf Parkplätzen und Abstellgleisen vor sich hin rosteten, nicht reparabel, weil Ersatzteile fehlen.

Klapprige iranische Kleinwagen, in Venezuela vor ein paar Jahren zusammengeschaubt, knatterten über Straßen, gesäumt von unvollendeten Brückenpfeilern, aus denen die Stahldrähte ragten, Hinterlassenschaft nie fertig gebauter Autobahnprojekte. Vergilbte und abgeblätterte Plakatwände kündeten von Wohltaten der „Bolivarischen Revolution“.

Eine Ruinenlandschaft, die verkündete: Dieses Land hat in den letzten Jahren wahnsinnig viel investiert – doch dann ist ihm das Geld ausgegangen. Eine Hyperinflation hat die Bevölkerung rasant verarmen lassen und Produktion sowie Mobilität nahezu zum Stillstand gebracht.

Korruption – so lautet in einem Wort die populärste Erklärung für das Desaster. Militärs, Beamte, Politiker und Günstlinge der Maduro-Regierung hätten sich mit beiden Händen bedient, Geld veruntreut und mit den eigentlich für den Import wichtiger Güter gedachten „Vorzugsdollars“ zu einem günstigen Wechselkurs ihren Reibach gemacht.

Doch nicht nur die Gegner Maduros geißeln die Korruption, auch die Regierung selbst präsentiert Woche für Woche neue angebliche Korruptions- und Sabotagefälle, um dem darbenden Volk eine Rechtfertigung dafür zu liefern, warum die Hyperinflation ihren Lohn auffrisst, die Busse nicht fahren und keine Medikamente zu haben sind. Weil es keine unabhängige Justiz gibt, sind diese Vorwürfe schwer zu überprüfen.

Jede Seite pflegt ihr Weltbild: Für die Maduro-Anhänger ist die Korruption ein konterrevolutionäres Übel, für die Maduro-Gegner ist sie das Wesen des Chávez-Sozialismus. Auch wenn sie mit dem Finger aufeinander zeigen, in ihrer Diagnose sind sie sich merkwürdig einig: Venezuela ist eigentlich ein reiches Land, es muss nur von den Korrupten befreit werden.

Auch Juan Guaidó, der charismatische Oppositionsführer und Selfmadepräsident, hat nicht mehr zu bieten als das Versprechen, mit der Korruption aufzuräumen. Das venezolanische Volk habe ein Recht auf einen anständig geführten Haushalt, rief er vergangene Woche seinen Anhängerinnen und Anhängern zu, nachdem er sich selbst zum Präsidenten ernannt hatte.

Niedergang der Ölindustrie

Es wäre schön, wenn es mit dem Reichtum Venezuelas so einfach wäre. Dass hier die weltweit größten Ölvorkommen unter der Erde lagern, mag richtig sein. Aber drei Viertel der rund 300.000 Millionen Barrel Erdöl, die im venezolanischen Boden liegen, sind extraschwere Rohöle und Bitumen – sie sind nur mit großem Aufwand zu fördern, zu transportieren und nur durch Verblendung mit leichteren Ölen marktfähig zu machen.

Rund 18.000 Beschäftigte verließen damals den Konzern, darunter viele hochspezialisierte Kräfte – ein Braindrain, von dem sich der Staatskonzern nie erholt hat

Um an diesen Reichtum zu kommen, ist Venezuela auf internationales Kapital und Know-how angewiesen – im Orinoco-Delta, wo das Schweröl lagert, arbeitete Venezuelas Ölgesellschaft in Joint Ventures mit kanadischer, norwegischer, französischer, russischer, chinesischer und US-amerikanischer Beteiligung. Und in der derzeitigen Lage ist das Land so erpressbar wie nie zuvor. Noch entscheidender für das derzeitige Elend aber ist: Die konventionelle Ölförderung ist in einem erbarmungswürdigen Zustand.

Anfang der nuller Jahre versuchte das damalige antichavistische Management des größten venezolanischen Erdölkonzerns PDVSA mit einem monatelangen Streik, die Regierung zu stürzen – dass die Chavisten damals die Opposition im Erdölkonzern niederrangen und die Kontrolle über das Unternehmen bekamen, interpretierten wir, die wir die „Bolivarische Revolution“ mit Sympathie verfolgten, als Sieg auf dem Weg zu einer Ölgesellschaft, die für Wohlstand sorgen sollte, statt ihre Gewinne ins Ausland zu schaffen und nur einer Elite zugutekommen zu lassen.

In Wahrheit war es ein Pyrrhussieg. Rund 18.000 Beschäftigte verließen damals den Konzern, darunter viele hochspezialisierte Kräfte – ein Braindrain, von dem sich der Staatskonzern nie erholt hat. Schon unter Chávez verschlossen die verantwortlichen Politiker die Augen vor dem Niedergang der Ölindustrie, Kritiker in den eigenen Reihen stellte man kalt. Steigende Ölpreise überkompensierten damals die sinkenden Förderquoten und machten es möglich, Sozial- und Bildungsprogramme sowie Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren.

Abhängiger denn je

Mit diesen Wohltaten gewann Chávez Wahl um Wahl – gleichzeitig investierte die Regierung zu wenig in Instandhaltung, Modernisierung und in die Erschließung neuer Ölquellen. Seit 2008 geht die Ölproduktion permanent zurück, in den letzten Jahren ist sie nahezu zusammengebrochen. Die Hyperinflation, der Mangel an Medikamenten und Ersatzteilen: das alles ist vor allem eine Folge des Devisenmangels. Die Regierung erhöht die Mindestlöhne, verteilt Geld an die Armen und Alten und heizt die Entwertung damit nur weiter an.

Um ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, um Lebensmittel importieren, den Staatsapparat und die Ölproduktion halbwegs am Laufen halten zu können, hat sich die Regierung hoch verschuldet – vor allem bei China und Russland. Selbst das Öl, das noch gar nicht gefördert ist, gehört zu guten Teilen den Gläubigern des Regimes – als Garantie für gewährte Kredite.

Venezuela, das unter Chávez unabhängiger werden sollte, das in einer solidarisch-sozialistischen Allianz mit anderen lateinamerikanischen Staaten und den Ländern des globalen Südens eine Zukunft ohne neokoloniale Abhängigkeiten anstrebte: es ist heute abhängiger denn je. Nur dass diese Abhängigkeit nicht mehr allein auf das Konto des US-Imperialismus geht.

Solidaritätsgruppen, die heute mit dem Slogan „Hands Off Venezuela“ auf die Straße gehen und damit vor allem die USA meinen, haben übersehen: Venezuela ist unsouveräner als je zuvor in seiner Geschichte. Die Imperien Putins und der KP Chinas haben das Land durch ihre Kredite mindestens so abhängig gemacht wie die USA als größtes Abnehmerland venezolanischen Erdöls.

Terror in den Barrios

Venezuela ist ein geopolitischer Spielball seiner Gläubiger und Ölkunden. Die USA wollen Maduro stürzen und Guaidó zur Macht verhelfen, um Einfluss zurückzugewinnen, den sie unter Chávez verloren haben. Sie scheuen dabei nicht davor zurück, den für die Iran-Contra-Affäre verurteilten Elliot Abrams, der in den Achtzigern mittelamerikanische Folterregime unterstützt hatte, zum Sondergesandten für Venezuela zu machen. Russland und China stützen vorläufig Maduro, weil dessen Regime den Reichtum des Landes auf Jahre an sie überschrieben hat. Sollte sich für die Russen und Chinesen erweisen, dass Guaidó oder ein General mehr Stabilität bedeutet, könnten sie ebenso gut die Seite wechseln.

Zur Ehrenrettung der linken Kräfte in Venezuela kann man nur sagen: Es gab und gibt innerhalb des Chavismus immer Kräfte, die sich gegen Personenkult und Autoritarismus gewehrt haben

Wenn sich wiederum Teile des Militärs auf die Seite der Opposition schlagen, droht ein Stellvertreterbürgerkrieg, für den der venezolanische Blogger Francisco Toro mit seinem Ausdruck „karibisches Syrien“ eine gar nicht mal so schiefe Metapher gefunden hat. Venezuela ist voller Schusswaffen, gehortet von chavistischen colectivos – von denen viele bloß noch kriminelle Banden sind – und von den berüchtigten pranes, aus den überfüllten Gefängnissen heraus gemanagten Gangs. Dass Maduro über Leichen geht, um seine Macht zu sichern, zeigen dieser Tage die blutigen Einsätze der polizeilichen Spezialkräfte, die in den Barrios Terror verbreiten.

Angesichts der Lage ist die Frage, ob mit der venezolanischen Krise linke Politik in Lateinamerika gescheitert und auf Jahre verbrannt ist, fast ein bisschen absurd. Natürlich, das Desaster der „Bolivarischen Revolution“ hat die Linke in Lateinamerika in Verruf gebracht und ihre Chancen auf Wahlsiege minimiert. Was denn sonst?

Linke gegen Chávez und Maduro

Zur Ehrenrettung der linken Kräfte in Venezuela kann man nur sagen: Es gab und gibt innerhalb des Chavismus immer Kräfte, die sich gegen Personenkult und Autoritarismus gewehrt haben, und es gab in Venezuela auch ein paar Linke, die sich gegen Chávez und Maduro gestellt haben, weil sie argumentiert haben, dass die revolutionäre Rhetorik und die lokale Basisdemokratie mit einer Politik, die das Land im großen Stil in neue Abhängigkeiten bringt und die Erdölindustrie verkommen lässt, nicht zusammenpasst.

Natürlich muss man gegen eine US-Invasion sein. Aber der holzschnittartige Antiimperialismus, der mir dieser Tage angesichts der venezolanischen Krise in den sozialen Netzwerken begegnet, ist auch eine Flucht davor, eine bestimmte Tatsache anerkennen zu müssen: dass man zwei Jahrzehnte lang solidarisch mit einer angeblichen Revolution war, die tatsächlich das Projekt einer verantwortungslosen Elite gewesen ist, die die Ressourcen des Landes ruiniert hat, um sich an der Macht zu halten.

Eine Linke, die all das, was mit dieser Revolution an emanzipatorischen Ideen und Projekten verbunden war, retten will, sollte sich dieser Erkenntnis nicht verschließen: <http://www.taz.de/Essay-Politische-Krise-in-Venezuela/!5567159/> - (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)

.) VenezolanaerInnen in Kolumbien - Voller Hoffnung auf Veränderungen - Angesichts des Machtkampfs in ihrem Heimatland fiebert die Exilgemeinde mit ihren Landsleuten. Der Optimismus überwiegt.

BOGOTÁ Es gibt kein Zurück mehr. Davon ist Argenis Alvarado überzeugt. Das, was in seiner venezolanischen Heimat mit Juan Guaidó passiert, lässt sich nicht mehr umkehren. Wenn er an den selbsternannten Interimspräsidenten denkt, breitet sich Freude auf seinem Gesicht aus. „Ich weiß nicht, wann oder wie“, sagt der 31-Jährige. „Aber die Veränderung kommt.“

Seit neun Monaten lebt der Akademiker in Bogotá und arbeitet als Spinning-Trainer in einem Fitnessstudio. Es sei ihm relativ gut in Caracas gegangen, sagt er. Aber seine Mutter und Großmütter hätten Bluthochdruck. Medikamente seien kaum zu bekommen. „Ich muss jetzt dorthin gehen, wo ich noch etwas aufbauen und ihnen helfen kann“, sagt Alvarado.

1.000 Kilometer Luftlinie liegen zwischen Caracas und Bogotá. Wohl nirgends sonst fiebern so viele mit den Menschen in Venezuela mit. Fast 1,2 Millionen Venezolaner*innen leben in Kolumbien. Bei 50 Millionen Einwohnern ist das eine Menge. Vor allem, wenn das Land gerade den mehr als 50 Jahre dauernden bewaffneten Konflikt mit der größten Guerillagruppe Farc beendet hat und weiter

gegen Rebellengruppen, Paramilitärs und Drogenbanden kämpft.

Dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier diese Woche bei seinem Südamerika-Besuch Kolumbien für dessen Einsatz für die venezolanischen Flüchtlinge Respekt zollte, ging in den kolumbianischen Medien trotzdem fast unter.

Rebellen-Unterhändler ausliefern

Schlagzeilen machte Präsident Iván Duque, der bei der Abschlusserklärung von Kuba forderte, die Unterhändler der ELN-Rebellen bei den Friedensgesprächen auszuliefern. Nach dem Attentat auf die Polizeiakademie in Bogotá hatte die Regierung diese abgebrochen. Danach reiste Duque nach Washington zu Präsident Trump. Hauptthema: Venezuela.

Dass die USA und andere Staaten Guaidó anerkannt haben, ist ein Grund, weshalb Spinning-Trainer Alvarado voller Hoffnung ist. Dass die USA die Finanzen der Maduro-Leute eingefroren haben und die Erdöleinnahmen wegen der Sanktionen sinken, sind weitere. Und die humanitären Hilfsgüter. 100 Tonnen davon stecken an der kolumbianisch-venezolanischen Grenze fest, weil Präsident Nicolás Maduro die Einfuhr verweigert.

Guaidó zeigte trotzdem am Montag auf Twitter Bilder von ersten Hilfsgütern mit US-Aid-Aufklebern. Alvarado bezweifelt nicht, dass diese echt waren. Seine Familie betreibt in Caracas eine Klinik. Das geht einigermaßen, weil alle seit Jahren gestiftete Medikamente persönlich im Ausland abholen und importieren. „Wenn wir das können, dann schaffen das Organisationen erst recht“, sagt er. Er glaubt an die große Hilfslieferung, die Guaidó für den 23. Februar verspricht.

„Endlich stellt sich jemand Maduro entgegen“, freut sich auch Alejandra Valles (24). Es sind vor allem die Jungen wie Valles, die Venezuela verlassen. Sie wollte ihre Familie entlasten. Derzeit arbeitet die Gasingenieurin in einem Sandwich-Lokal. „Wenn Maduro geht, gehe ich zurück nach Venezuela“, sagt Valles. „Ich will mein Land mitaufbauen. Guaidó wird Erfolg haben. Wann, weiß nur Gott.“

Erinnerungen an den Hunger

Eher früher als später, sagt Verónica Angarita. Die 30-jährige Anthropologin aus Caracas hat dank ihres Vaters einen kolumbianischen Pass. Sie erinnert sich noch gut an den Hunger der ersten Zeit in Kolumbien.

Heute arbeitet sie als Besucherführerin im Wissenschaftspark Maloka. „Ich kenne Leute, die bei der Maduro-Regierung arbeiten“, sagt Angarita. „Sie sagen: Es geht zu Ende.“ Die Regierungsleute seien dabei, Geld auf ihre Konten zu schaufeln und alle Beweise zu vernichten.

„Ich bin skeptisch“, sagt Angarita. „Aber das ist das erste Mal seit mehr als zehn

Jahren, dass sie mir das sagen.“ Fitnesstrainer Alvarado hofft, dass Maduro und seine Familie gegen eine Amnestie das Land verlassen. Sonst bleibe nur die Militärintervention.

Selbst wenn Guaidó Erfolg habe, dauere es 20 Jahre, bis Venezuela wieder bewohnbar sei, glaubt Angarita. Schon jetzt könnten die Exilvenezolaner*innen ihre Familien kaum unterstützen. Geld zu schicken lohnt nicht, weil man dafür weniger bekommt als hier“, sagt Angarita. Ihre Eltern wollen nicht nach Kolumbien. „Spätestens in einem Jahr werden sie hier sein. Sie haben keine Wahl.“:

<http://www.taz.de/VenezolonaerInnen-in-Kolumbien/!5570700/> - (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)

.) Über soziale Polarisierung im 21. Jahrhundert.

In der Weltregion, in der die soziale Schere am weitesten auseinandergeht, haben die Vermögen der Multimillionäre in den letzten fünf Jahren um 21 Prozent pro Jahr zugenommen. "Diese historisch nie dagewesene extreme Kluft zwischen vielen Armen und "Durchschnittsverdienern" einerseits sowie einer Handvoll Hyperreichen andererseits wirft die Frage auf, ob die herkömmlichen soziologischen Modelle der sozialen Ungleichheit und Schichtung hier noch aussagekräftig sind. Mit nüchternen statistischen Zahlen ist zu argumentieren, dass die Reichtumskonzentration nach der Krise des Fordismus mit seinen wohlfahrtsstaatlichen Regulierungen, dem Kollaps der Sowjetunion und mit dem weltweiten Aufstieg des Neoliberalismus rasant zugenommen hat. In Hinblick auf die USA hat der Ökonom Thomas Piketty gezeigt, dass in den letzten 30 Jahren das Einkommen der unteren 50 Prozent nicht gestiegen ist, während das Einkommen des 1 Prozent der Topverdiener um das 300-fache angewachsen ist. (2014) Ähnliches lässt sich auch in Lateinamerika beobachten. In der Weltregion in der die soziale Schere am weitesten auseinander geht haben die Vermögen der Multimillionäre allein in den letzten fünf Jahren um 21 Prozent pro Jahr zugenommen.": <https://amerika21.de/analyse/223834/refeudalisierung-lateinamerika>

.) Der Machtkampf in Venezuela - Der Auslöser - Bei den Parlamentswahlen Ende 2015 gewann das Oppositionsbündnis Mesa de la Unidad Democrática (MUD) die Mehrheit in der Nationalversammlung. Staatschef Nicolás Maduro setzte daraufhin eine ihm treue Verfassungsgebende Versammlung ein, die 2017 das Parlament entmachtete. **(Somit stimmt nicht die wiederholt behauptete Aussage, dass Maduro demokratisch gewählt wurde und der legitime Präsident sei.)**

Bei den anschließenden Protesten wurden 125 Menschen getötet. Das Parlament bezeichnet die Verfassungsgebende Versammlung als illegitim und erkennt auch die Wiederwahl Maduros als Präsident nicht an. **Die Machtfrage** - Am 23. Januar dieses

Jahres erklärte sich Oppositionsführer Juan Guaidó selbst zum Interimspräsidenten. Guaidó wird inzwischen von mehr als 50 Staaten als Übergangspräsident anerkannt, unter anderem von Deutschland, den USA und einem Großteil der lateinamerikanischen Staaten. Entscheidend für die Machtfrage sind aber die venezolanischen Militärs, die Guaidó mit einem Amnestieversprechen auf seine Seite zu suchen sucht. Bislang ohne nennenswerten Erfolg: <http://www.taz.de/Alltag-in-Venezuela/!5588804/> - (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)

.) Kuba - Vorwärts zum Sozialismus! Kubas Verfassung tritt in Kraft. Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft als Staatsziel festgeschrieben.

Die neue Verfassung definiert Kuba im ersten Artikel als »demokratischen, unabhängigen und souveränen sozialistischen Rechtsstaat«. In der von den Kubanern angenommenen Präambel heißt es, dass »nur im Sozialismus und Kommunismus« der Mensch »zu voller Würde gelangen« könne. Artikel 5 legt den Aufbau des Sozialismus und das Fortschreiten zu einer kommunistischen Gesellschaft als Staatsziel fest. Daneben enthält die neue Verfassung das Recht auf Arbeit und bezahlbaren Wohnraum, die Verpflichtung des Staates zum Schutz der Umwelt und zur Bekämpfung des Klimawandels wie auch das Verbot rassistischer oder diskriminierender Handlungen. Artikel 16 untersagt eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und verurteilt Imperialismus, Faschismus, Kolonialismus und Neokolonialismus. Bewaffnete Aggressionen werden als Verbrechen und Verstoß gegen das Völkerrecht gewertet. Auch die Entwicklung, Stationierung oder Lagerung von Atom- oder anderen Massenvernichtungswaffen werden verboten: <https://www.jungewelt.de/artikel/352693.neue-verfassung-in-kuba-vorw-%C3%A4rts-zum-sozialismus.html>

Zur Info weitergeleitet -

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de mit Videos

u. a. im www.tlp.de/busverlag

Weitere Infos

- wobei wir bei diesem Thema die Leser*innen besonders dazu ermutigen möchten, kritisch zu beobachten – wie USA-Imperialismus und postautoritärer Pseudo-Sozialismus sich politisch "quasi ergänzen", verknoten und verkrampfen und einige Linke – nur vor dem Hintergrund des USA-Imperialismus - trotz schlimmster Gräueltaten der Maduro-Administration blind dem postautoritären Pseudosozialismus huldigen:

.) DKP ruft zu Solidarität mit Venezuela auf - Die DKP verurteilt diesen erneuten Angriff auf die rechtmäßige Regierung Venezuelas und auf die Bolivarische Revolution. Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, sagt: »Ausgerechnet den 1. Mai, den Kampftag der Arbeiterklasse, will der US-Imperialismus, mit seiner Marionette Guaidó für den Putsch in Venezuela nutzen. Das wäre aus ihrer Sicht die tiefstmögliche Demütigung des Volkes in Venezuela, das nun seit Monaten den Putschisten und deren Freunden in den USA, der EU und Deutschland trotzt. Wir rufen alle auf, die sich dem Diktat der USA, der herrschenden Klassen der imperialistischen Länder nicht beugen wollen, ihre Solidarität mit Venezuela, gegen die Putschisten auf die Straße zu tragen.«:

<https://www.jungewelt.de/artikel/353976.kommunisten-rufen-zu-solidarit%C3%A4t-mit-venezuela-auf.html>

.) Machtwechsel in Venezuela - Angebot auf Amnestie - Venezuelas selbsternannter Interimspräsident Juan Guaidó richtet Zugeständnisse an Präsident Nicolás Maduro. Die USA ziehen einen Teil ihrer Diplomaten ab. Nach der Konfrontation in Venezuela stellt der selbsternannte Interimspräsident Juan Guaidó dem herausgeforderten Präsidenten Nicolás Maduro und seinen Anhängern Amnestie in Aussicht. Maduro erklärt sich zum Dialog bereit. Das US-Außenministerium zieht aufgrund der unklaren Machtverhältnisse einen Teil der Diplomaten aus dem Land ab:

<http://www.taz.de/Machtwechsel-in-Venezuela/!5568174/> -

(Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)

.) Berlin putscht mit / USA auf Raubzug -

Zitat des Tages: “

Wie ungebrochen der Geist der Mauermörder-SED noch bei @dieLinke herrscht, beweist die infame Unterstützung für den Tyrannen Maduro. Wer sozialistische Unterdrückung der Venezuelaner [sic!] rechtfertigt, wünscht sie sich heimlich auch für Deutsche.” Bundesregierung will selbsternannten »Übergangspräsidenten« Venezuelas anerkennen. Maduro zu Dialog mit Opposition bereit:

<https://www.jungewelt.de/artikel/347908.venezuela-berlin-putscht-mit.html>

.) Bürgerkrieg droht -Putschversuch in Venezuela: Gewalt fordert 20

Menschenleben. USA scheitern im UN-Sicherheitsrat:

<https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/347974.schlappe-auf-diplomatischem-parkett-b%C3%BCrgerkrieg-droht.html>

.) Ein sehr fader Beigeschmack - EU-Länder machen Druck auf Maduro. Im Prinzip ist die Kontrolle demokratischer Spielregeln richtig. Im Fall Venezuela ist es aber nicht so einfach. Fünf europäische Staaten, darunter Deutschland, haben dem amtierenden Präsidenten Venezuelas, Nicolás Maduro, ein Ultimatum gestellt: Entweder er rufe binnen acht Tagen Neuwahlen aus oder man werde Juan Guaidó –

den Parlamentspräsidenten und seit letzter Woche selbst ernannten Staatschef – als Präsidenten anerkennen: <https://www.taz.de/Kommentar-EU-Ultimatum-fuer-Maduro/!5565607/> - (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)

.) Der Niedergang des ‚bolivarischen Sozialismus‘ und seine Gründe -

"Venezuela hat einen nationalen Aufbruch eigener Art hinter sich. Der Artikel über den Niedergang des bolivarischen Sozialismus erhebt Einspruch gegen die westliche Hetze, gemäß der ausgerechnet der chavistische Versuch, Venezuela aus der Rolle des Öllieferanten für den amerikanisch dominierten Weltmarkt zu befreien, das Volk verarmt und dem Land die „Zukunft“ geraubt habe. Der dummen Allerweltsformel, dass da – wieder einmal! – ein „eigentlich reiches Land“ wegen falscher Politik ganz arm sei, setzen wir die Einsicht entgegen, dass „Öl“ kein Reichtum ist, sondern allenfalls in den kapitalistischen Metropolen zu einem solchen wird, nur dafür und für nichts anderes da ist und darum jeder Versuch der Umwidmung nicht nur in sich widersprüchlich ist, sondern von den kapitalistischen Weltmarktmächten als Verbrechen definiert wird, das sie zum Scheitern verurteilen.“ :

<https://de.gegenstandpunkt.com/artikel/venezuela>

.) EU erkennt Guaidó als Interimspräsidenten an - Das Europaparlament prescht in der Diskussion um den Umgang mit der Lage in Venezuela voran. Die Abgeordneten beschlossen am Donnerstag in Brüssel mit großer Mehrheit, Oppositionsführer Juan Guaidó als rechtmäßigen Interimspräsidenten des südamerikanischen Landes anzuerkennen. Gleichzeitig forderten sie die Regierungen der EU-Staaten auf, dieser Entscheidung zu folgen: <https://www.abendblatt.de/politik/article216325795/Konten-von-Venezuelas-Parlamentspraesident-Guaido-eingefroren.html> -

(Tipp: Falls nötig – den Link kopieren und im Web unter Suchen eingeben.)

.) Die Linke hat fertig - Präsidentschaftswahl in El Salvador -

Beide Parteien, die El Salvadors Politik über Jahrzehnte geprägt haben, sind desavouiert - Wie die Ex-Guerilla FMLN als Regierungspartei ihre Wähler enttäuscht hat. Und warum am Sonntag ein Kandidat ohne Programm gewinnt. Die Mordquote ist seit Jahren eine der höchsten der Welt, mehr als doppelt so hoch als in Mexiko mit seinem Drogenkrieg. Opfer sind in der überwiegenden Mehrheit junge Männer aus den Armenvierteln. In der Polizei gibt es Todesschwadronen, die Verdächtige gezielt erschießen. Menschenrechtsorganisationen nennen dies „außergerichtliche Hinrichtungen“. Der Vizepräsident hat solche staatlichen Killer sogar schon öffentlich ermuntert. Polizisten, sagte er, brauche die Hand beim Schießen nicht zu zittern. Sie hätten nichts zu befürchten: <http://www.taz.de/Praesidentschaftswahl-in-El-Salvador/!5569405/> -

(Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)

.) Diese vier Kriege werden um Venezuela gefochten -

"Ein wichtiges Element in der US-Kampagne zum Sturz der Regierung von Präsident Maduro ist die Finanzblockade. Anfang der Woche verhängte die US-Regierung Sanktionen gegen den staatlichen venezolanischen Erdölkonzern Petróleos de Venezuela, S.A. (PDVSA). Die Maßnahmen zielten darauf ab, die Vermögenswerte des Unternehmens einzufrieren und Zahlungen an die Maduro-Regierung zu sperren.“ : <https://www.heise.de/tp/features/Diese-vier-Kriege-werden-um-Venezuela-gefochten-4296675.html>

.) Erklärung der Verfassunggebenden Versammlung Venezuelas - In Ausübung der ihr am 30. Juli 2017 vom venezolanischen Volk übertragenen originären Staatsgewalt und in strikter Erfüllung der Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela weist die Nationale Verfassunggebende Versammlung in entschiedener und kategorischer Weise die am 31. Januar 2019 verabschiedete Resolution des Europäischen Parlaments zurück, in der entsprechend des von der US-Regierung organisierten Putschplans versucht wird, einen Staatsstreich in Venezuela zu rechtfertigen: <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/348375.erkl%C3%A4rung-der-verfassunggebenden-versammlung-venezuelas.html>

.) Deutschland erkennt Guaidó als Interimspräsidenten an - Moskau wirft EU »Einmischung« in die inneren Angelegenheiten Venezuelas vor. »Wir erkennen Juan Guaidó als Interimspäsidenten Venezuelas an«, sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Martina Fietz am Montag in Berlin. Dieser habe die Aufgabe, den politischen Übergang in dem südamerikanischen Land einzuleiten und faire und transparente Wahlen zu ermöglichen. Damit treibt auch Deutschland eine weitere Eskalation in Venezuela mit voran. Der amtierende Präsident Nicolás Maduro bezeichnete bereits am Wochenende das Ultimatum mehrerer Länder der Europäischen Union als »Frechheit«: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1111483.machtkampf-in-venezuela-deutschland-erkennt-guaido-als-interimspraesidenten-an.html> - (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Jetzt nicht, ich will weiterlesen" klicken.)

.) Pink-Floyd-Mitbegründer Roger Waters bei Twitter: Stoppt diesen neuesten Irrsinn der US-Regierung. Lasst das venezolanische Volk in Frieden. Sie haben eine wirkliche Demokratie, hört auf, sie zerstören zu wollen, damit das eine Prozent ihr Erdöl ausplündern kann. Pink- Mit dem Spruch "Sie haben eine wirkliche Demokratie." offenbart Roger Waters, dass er sich in einem falschen Brillengeschäft seine Durchsicht tönen lassen hat: <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/348597.dlf-kommentar-zu-usa-eu-und-venezuela-r%C3%BCckfall-in-kolonialistische-zeiten.html>

.) Armee blockiert Grenzübergang - Gelingt es Guaidó und seinen Unterstützern, die Lieferungen in das notleidende Land zu bringen, dürfte ihnen das viel Anerkennung unter der Bevölkerung verschaffen. Doch die Lebensmittel und Medikamente

kommen nur in den Krisenstaat, wenn die Streitkräfte sie passieren lassen. „Soldaten an der Grenze, entweder ihr seid Teil des Problems oder ihr helft dem bedürftigen Volk“, sagte der Abgeordnete Pizarro. „Der Einzige, der die humanitäre Hilfe bremst, ist Nicolás Maduro.“ : <http://www.taz.de/Hilfslieferung-fuer-Venezuela/!5571201/> - (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)

.) Präsident trifft fatale Entscheidung - Drama in Venezuela Tausende drohen zu sterben - Die Menschen in Venezuela leiden Hunger, in den Kliniken gibt es kaum noch Medikamente und Material. Gegenpräsident Guaidó will Hilfsgüter ins Land schaffen. US-Außenminister Pompeo fordert Staatschef Maduro auf, die Hilfe nicht zu blockieren: <https://www.mopo.de/news/politik-wirtschaft/drama-in-venezuela-tausende-drohen-zu-sterben--praesident-trifft-fatale-entscheidung-32002018>

.) Schwerkranken geht die Zeit aus - Maduros Regierung hat abgestritten, dass es eine humanitäre Krise gebe, wegen der rund drei Millionen Venezolaner in den vergangenen Jahren geflohen sind. Dennoch verteilt die Regierung subventionierte Lebensmittelvorräte, um die Unterstützung von Armen zu bekommen, insbesondere vor Wahlen. Regierung und Opposition streiten sich weiter über Hilfslieferungen. Derweil warten Arme und Kranke auf Essen und Arznei: <http://www.taz.de/Blockierte-Hilfslieferungen-fuer-Venezuela/!5571487/> - (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)

.) Der Feind meines Feindes - Bündnis zwischen Venezuela und Türkei - Die USA und die EU ergreifen im Machtspiel um Venezuela für Guaidó Partei. Währenddessen pflegen Maduro und Erdoğan eine unbeachtete Allianz. Die Welt der Autokraten kennt kein links und kein rechts, sie macht keinen Unterscheid zwischen Christen und Muslimen. So scheint es sich derzeit mit Venezuela und der Türkei zu verhalten. Außer dem schönen Wetter und den türkisblauen Küsten haben die beiden Länder weder kulturell noch politisch irgendwas gemeinsam. Doch ganz nach dem Motto „der Feind meines Feindes“ ist hier eine besondere Beziehung quer über den Atlantik entstanden, ohne dass sich die Öffentlichkeit – zumindest nicht die deutsche – sonderlich dafür interessiert: <http://www.taz.de/Buendnis-zwischen-Venezuela-und-Tuerkei/!5571674/> -(Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)

.) »Wir existieren, und wir sind Millionen« - Venezuelas Präsident Maduro schreibt an das Volk der USA und der deutsche Botschafter an den Putschisten Guaidó: "Wenn ich etwas kenne, dann sind es Völker, denn ebenso wie Ihr bin ich ein Mann aus dem Volk. Ich wurde in einem Armenviertel von Caracas geboren und wuchs dort auf. Ich reifte in der Hitze der gewerkschaftlichen und Volkskämpfe in einem Venezuela, das Ausgrenzung und Ungleichheit unterworfen war. Ich bin kein Magnat. Ich bin mit Herz und Verstand ein Arbeiter, der heute das große Privileg hat, Präsident des neuen Venezuela zu sein, das in einem Modell inklusiver Entwicklung

und sozialer Gleichheit wurzelt, das der vom boliviarischen Erbe inspirierte Comandante Hugo Chávez ab 1998 vorangetrieben hat.” :

<https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/348816.wir-existieren-und-wir-sind-millionen.html>

.) Kein Konsens in Montevideo - Kontaktgruppe fordert Neuwahlen in Venezuela. Bolivien, Mexiko und Karibikstaaten verweigern Unterschrift. Deutscher Botschafter bei Guaidó - In Montevideo ist am Donnerstag (Ortszeit) das erste Treffen der »Internationalen Venezuela-Kontaktgruppe« zu Ende gegangen. Bolivien, Mexiko und die Gemeinschaft der Karibikstaaten (Caricom) verweigerten ihre Unterschrift unter das Abschlussdokument, in dem »entsprechend der venezolanischen Verfassung« vorgezogene Präsidentschaftswahlen gefordert werden. Die »für einen glaubwürdigen Wahlprozess notwendigen Garantien« müssten »in kürzestmöglicher Zeit« hergestellt werden. Zudem soll durch Kontakte mit den »relevanten venezolanischen Akteuren« die Lieferung von Unterstützung »entsprechend der internationalen Prinzipien für humanitäre Hilfe« ermöglicht werden. Dazu soll eine »technische Mission« nach Venezuela entsendet werden, ein weiteres Treffen auf Ministerebene ist für Anfang März vorgesehen. Das bolivianische Außenministerium erklärte anschließend, dass man sich weiter an der Arbeit der Kontaktgruppe beteiligen werde. Allerdings habe man das Kommuniqué nicht unterschrieben, weil sich Bolivien »von der Gesamtheit seines Inhalts nicht repräsentiert« fühle. Die Staaten, die einerseits humanitäre Hilfe angeboten, andererseits aber Sanktionen gegen Venezuela verhängt haben, werden von La Paz zur Aufhebung der Strafmaßnahmen aufgefordert, »um zur Lieferung von Lebensmitteln und anderen von der Bevölkerung dieses Bruderlandes benötigten Waren beizutragen«:

<https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/348788.kampf-um-venezuela-kein-konsens-in-montevideo.html>

.) Verfahren gegen Maduro gefordert - Die Lima-Gruppe setzt sich für ein Verfahren gegen die Regierung des umstrittenen venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein. Die am Wochenende blockierte Einfuhr von Hilfsgütern und die Gewalt gegen die Bevölkerung seien schwere Menschenrechtsverletzungen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der zehn Ländern aus Lateinamerika, der Karibik sowie Kanada, die am Montag nach einem Treffen in Bogotá bekanntgegeben wurde. Auch der UN-Menschenrechtsrat in Genf solle eine unabhängige Experten-Kommission bilden, um diese Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen:

<https://www.taz.de/Venezuela-Krise/!5576758/> *-(Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)*

.) Regierung ruft wegen gigantischen Stromausfalls arbeitsfreien Tag aus - Präsident Nicolás Maduro habe diese Entscheidung getroffen, um die Wiederherstellung der

Stromversorgung zu beschleunigen, die »Opfer des imperialistischen Stromkrieges« sei, schrieb Vizepräsidentin Delcy Rodríguez im Kurzmitteilungsdienst Twitter. In 23 der 24 Bundesstaaten des südamerikanischen Krisenlands war ab Donnerstagnachmittag (Ortszeit) der Strom ausgefallen. Die Hauptstadt Caracas war komplett von dem Stromausfall betroffen, das öffentliche Leben kam zum Stillstand. Die Regierung stellte den Stromausfall als Folge von »Sabotage« dar und bezichtigte die USA, einen »Stromkrieg« gegen das Land zu führen: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1113974.venezuela-regierung-ruft-wegen-gigantischen-stromausfalls-arbeitsfreien-tag-aus.html> - (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Jetzt nicht, ich will weiterlesen" klicken.)

.) Landung in Caracas - Zwei Flugzeuge aus Moskau senden den USA Signale - Zwei russische Flugzeuge sind auf dem Simon-Bolivar-Airport gelandet. Sie haben 35 Tonnen Fracht und 99 russische Militärs an Bord. Der Ranghöchste ist Heeresstabschef Wassili Tonkoschkurow. Die Mission sei Teil der zwischen Russland und Venezuela verabredeten »technischen und militärischen Kooperation«, heißt es: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1115213.russische-militaerhilfe-landung-in-caracas.html> - (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Jetzt nicht, ich will weiterlesen" klicken.)

.) Die US-Regierung kritisiert die Militärkooperation zwischen Venezuela und Russland vehement und droht Moskau mit Sanktionen. Der Nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump, John Bolton, verurteilte am Freitag die militärische Unterstützung Russlands für Maduro und warnte auch andere Staaten davor, militärische Kräfte oder Ausrüstung in das südamerikanische Land zu schicken. »Wir werden solche Akte der Provokation als direkte Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit in der Region auffassen«, so Bolton. Russland gab sich unbeeindruckt. Bereits am Donnerstag sagte der Sprecher von Präsident Wladimir Putin, Dmitri Peskow: »Wir glauben nicht, dass sich Dritte Sorgen über unsere bilateralen Beziehungen zu anderen Ländern machen sollten. Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten Venezuelas ein und erwarten von Drittländern, dass sie dasselbe tun«. Am vergangenen Wochenende waren zwei russische Maschinen mit 99 Soldaten in Venezuela gelandet. Venezuela gilt zudem als größter Abnehmer russischer Waffen in Lateinamerika: <https://www.jungewelt.de/artikel/352301.sanktionen-venezuela-washington-droht-moskau-wegen-milit%C3%A4rkooperation.html>

.) Maradona widmet Sieg Maduro - Der frühere argentinische Fußballstar Diego Maradona hat den jüngsten Sieg der von ihm in Mexiko trainierten Mannschaft, Dorados de Sinaloa, dem venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und dem Volk des südamerikanischen Landes gewidmet. Nach dem 3:2-Erfolg seiner Elf gegen Tampico Madero kritisierte Maradona die Einmischung des »Weltsheriffs« USA. Diese glaubten, »sie könnten unseren Weg bestimmen, weil sie über die größte

Bombe verfügen«, so Maradona. »Aber wir glauben nicht an diesen Hampelmann, den sie als Präsidenten haben«, sagte er mit Blick auf US-Staatschef Donald Trump: <https://www.jungewelt.de/artikel/352597.maradona-widmet-sieg-maduro.html>

.) Guaidó droht Entzug der Immunität - Venezuelas Oberster Richter fordert, die Immunität für Oppositionsführer Juan Guaidó aufzuheben. Er soll wegen illegaler Ausreise angeklagt werden: <http://www.taz.de/Machtkampf-in-Venezuela/!5584586/> - (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)

.) Wasserkrise in Venezuela - Erst der Strom, jetzt das Wasser - Nach wochenlangen Stromausfällen fehlt in Venezuela nun Trinkwasser. Der Zusammenbruch der Versorgung liegt im System begründet: <http://www.taz.de/Wasserkrise-in-Venezuela/!5583545/> - (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)

.) Warnung aus Moskau – (Spekulation und Vermutungen)

Die USA streben nach wie vor einen gewaltsamen »Regime-Change« in Venezuela an. Das erklärte der Chef des russischen Militärgeheimdienstes GRU, Vizeadmiral Igor Kostjukow, einem Bericht des Fernsehsenders RT zufolge am Donnerstag in Moskau. Bei der Vorbereitung einer Invasion gegen Venezuela setze Washington vor allem auf die Unterstützung Kolumbiens, so Kostjukow in seiner Rede bei einer gestern zu Ende gegangenen Sicherheitskonferenz. In Kolumbien würden derzeit bewaffnete Gruppen gebildet, die sich aus venezolanischen Deserteuren, kolumbianischen Paramilitärs und Angehörigen krimineller Banden aus Mittelamerika zusammensetzen. Diese seien bereits an Sabotageakten gegen die Infrastruktur Venezuelas beteiligt, so der Geheimdienstchef weiter:

<https://www.jungewelt.de/artikel/353610.usa-gegen-venezuela-warnung-aus-moskau.html>

.) Befreiter Oppositionsführer Venezuelas in Chiles Botschaft - Beim Machtkampf in Venezuela zwischen Juan Guaidó und Nicolás Maduro kommt es zu schweren Auseinandersetzungen. Demonstranten und regierungstreue Sicherheitskräfte haben sich in der Hauptstadt Caracas schwere Auseinandersetzungen geliefert. Vermummte Regierungsgegner griffen gepanzerte Militärfahrzeuge an. Ein Panzerwagen raste in die Menge, wie im kolumbianischen Fernsehsender RCN zu sehen war: <https://www.abendblatt.de/politik/article217060935/Venezuela-Guaido-ruft-Militaer-zum-Sturz-von-Maduro-auf.html> - (Tipp: Falls nötig – den Link kopieren und im Web unter Suchen eingeben.)

.) Regierung spricht von Putschversuch - In Venezuela ist der Oppositionelle Leopoldo López nach eigenen Angaben von Soldaten aus dem Hausarrest befreit worden. Sie hätten auf Anordnung von Übergangspräsident Juan Guaidó gehandelt, schrieb er am Dienstag auf Twitter. Der Informationsminister der rivalisierenden Regierung von Staatschef Nicolás Maduro, Jorge Rodríguez, erklärte, einige Verräter

aus den Reihen des Militärs hätten einen Putschversuch unternommen, der niedergeschlagen werde: <https://taz.de/Machtkampf-in-Venezuela/!5591927/> - -(Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)

.) Juan Guaidó im ZDF-Interview - "Interventionen wollen die Venezolaner nicht" - Venezuelas Übergangspräsident spricht sich für freie Wahlen in seinem Land aus. Militärische Interventionen "wollen die Venezolaner eigentlich nicht", sagt Guaidó im ZDF-Interview: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/machtkampf-venezuela-interview-guaido-zdf-heute-journal-100.html>

.) Kuba kann Luxus - Wolkenkratzer, Hotelanlagen und Golfcamps: Havanna öffnet sich weiter dem Tourismus, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen: <https://www.jungewelt.de/artikel/354255.devisentourismus-kuba-kann-luxus.html>

.) Kuba - Havanna auf Tour - Kubas Außenminister bereist Russland und EU. Warnung vor US-Intervention in Venezuela: <https://www.jungewelt.de/artikel/355656.kuba-havanna-auf-tour.html>

.) Venezuelas amtierender Präsident Nicolás Maduro weist UN-Menschenrechtsbericht zurück: <https://www.jungewelt.de/artikel/358982.venezuela-weist-un-menschenrechtsbericht-zur%C3%BCck.html>

Und last but not least:

Dass ein Zusammenleben ohne Herrschaft möglich ist, haben u. a. auch die Anarchisten in der Ukraine bewiesen: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/2015.03Ukraine.pdf>